

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 70  
Telefax 032 627 22 75  
kanzlei@sk.so.ch  
www.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **Tripartite Kommission schlägt konjunkturstützende Massnahmen vor**

**Solothurn, 24. November 2009 – Die Kommission der kantonalen Arbeitsmarktpolitik (KAP) hat eine Reihe von konjunkturstützenden Massnahmen für den Kanton Solothurn diskutiert und unterbreitet nun dem Regierungsrat ein Paket mit vier Vorschlägen. Damit erhofft sich die KAP, dass insbesondere die Situation für jugendliche Arbeitslose und Langzeitarbeitslose verbessert werden kann.**

Auf Antrag des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn hat die Kommission insgesamt zehn Vorschläge zu konjunkturstützenden Massnahmen beraten. Nach eingehender Diskussion wird sie vier davon weiter verfolgen und dem Regierungsrat mit der Bitte unterbreiten entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

- Unbestritten ist, auf der Grundlage des Arbeitslosengesetzes, bei einer erhöhten Arbeitslosigkeit von über 5%, dem Bundesrat, die Ausdehnung der Bezugsdauer von bisher 400 Tagen auf 520 Tage zu beantragen.
- Zur Verbesserung der Einstiegschancen für Jugendliche fordert die KAP den Kanton auf, Lehrabgänger während zwei Jahre, weiter zu beschäftigen. Zudem soll geprüft werden, ein Anreizsystem für die Privatwirtschaft zu schaffen, damit diese Lehrabgänger ebenfalls weiter beschäftigt werden.

- Als dritte Massnahme schlägt die KAP vor, für innovative Projekte, den Arbeitsplatzertalt durch Investitionen, sowie ökologische Umbauprojekte, 20 Millionen Franken in Form von zinsfreien Darlehen zur Verfügung zu stellen. Bei vielen öffentlichen Bauten ortet die KAP, insbesondere im energietechnischen Bereich, einen dringenden Sanierungsbedarf.
- Als vierte Massnahme wird dem Kanton vorgeschlagen, die Sanierungen öffentlicher Bauten vorzuziehen.

Zu den Vorschlägen die nicht weiterverfolgt werden sollen gehören Massnahmen, wie etwa das Entrichten von Alterssparbeiträgen für ältere Arbeitslose, die Unterstützung der Schaffung eines Produktionsfonds im Sinne der Gewerkschaft Unia, Regelungen zu Massenentlassungen, die über die Vorschriften des schweizerischen Obligationenrechts hinausgehen oder die Schaffung von Transferorganisationen in Branchen mit überdurchschnittlichem Arbeitsplatzabbau.

Die Kommission der kantonalen Arbeitsmarktpolitik (KAP) setzt sich tripartit aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmendenorganisationen, sowie der öffentlichen Hand zusammen. Sie wird vom Regierungsrat gewählt. Zu ihren Aufgaben gehört, unter anderem die Beobachtung des Konjunkturverlaufs, sowie die Erarbeitung von Massnahmen zur Stärkung der Wirtschaft.